

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellzettel monatlich 1.600 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 1.500 000 M. Bei Postbezug monatl. 1.547 500 M. Unter Streifz. in Polen monatl. 3.000 000 M., Danzig 2,5 Gold. Den Jhd. 2,5 Gold. Einzelnummer 100 000 M., Sonntags u. Feiertags 120 000 M. Bei höherer Ger. alt. Preissatzburg. Arbeitsniederlegung ob. Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeits. ob. Rückzahlg. des Bezugspreises.

Vermerk Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 80 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 400 000 M. Danzig 10 bz. 50 Pf. Deutschland 10 bzw. 50 Goldpf. übriges Ausland 100 %. Aufschlag. — Bei Blattschrift und schwierigem Sa. 50 %. Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 500 000 M. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blätzen wird keine Gewähr übernommen.

Vorlesessonten: Stettin 1847, Breslau 202157.

Nr. 4.

Bromberg, Sonnabend den 5. Januar 1924.

48. Jahrg.

Jahreswende in Paris.

Der Neujahrsempfang.

In seiner Erwiderung auf die Neujahrswünsche des diplomatischen Korps erklärte Präsident Millerand u. a. folgendes:

Vor einem Jahre gaben Sie dem Wunsche Ausdruck, daß Frankreich endlich die Früchte seiner Anstrengungen zu seinem eigenen und zum Besten der Welt ernten möge. Ihr Wunsch fängt an in Erfüllung zu gehen. Unsere Bemühungen stießen noch auf zahlreiche Widerstände, die uns dadurch, daß sie Ergebnisse verzögerten und abgeschwächt haben, neues Ungemach bereiteten. Die Ausdauer und Stetigkeit unserer Politik, die wir mit unbewegsamem Mähaug fortsetzen, haben aber schließlich ihre Früchte getragen. Millerand fügte hinzu: Wie es scheint, dürfen wir die Morgenröte der Versöhnung und des endgültigen Friedens begrüßen. Frankreich, dem Hoch und Schwertacht völlig fernliegen, wünscht inständig, daß kein neuer Zwischenfall den Abruch der Versöhnung vergrößert. Frankreich strebt sowohl nach der Wiederherstellung der allgemeinen Wirtschaftslage wie nach seinem eigenen Wohlergehen und faßt beide Ziele als ein und dasselbe auf.

In den diplomatischen Kreisen von Paris haben die Worte des französischen Präsidenten wegen ihrer auffallend versöhnlichen Auswirkung auf Deutschland großen Eindruck gemacht. Um so mehr, als die „unbeugsame Mäßigung“ der französischen Politik wenige Tage zuvor in dem Düsseldorfer Schuprovoz und in einem neuen Todesurteil gegen Deutsche (die zu ihrem Glück „abwesend“ waren) eine recht eigenartige Beleuchtung erfahren hatte.

Auhrdebatte.

In der letzten Sitzung der Pariser Kammer im alten Jahr erklärte der Deputierte Reynaud bei der Besprechung des Ruhrproblems, die Verständigung mit Deutschland sei für Frankreich notwendig, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil sonst ein unabzähmbarer Hass im Reiche sich festsetze; und der deutsche Hass wiege schwer! Gefinge die Verständigung nicht in kurzer Zeit, dann komme zu dem Hass Deutschlands auch noch der Hass Englands, und diese Doppeldeutlichkeit wäre gefährlich. Der Erfolg Frankreichs bestehe darin, daß ein günstiger Boden für seine Verhandlungen geschaffen sei. Wenn die Regierung den Kurs des Frank. beobachte, der immer dann steige, wenn eine Verständigung in Sicht, und immer dann falle, wenn Frankreich die Verständigung nicht will, dann müsse der Ministerpräsident sich sagen, daß eine wirtschaftliche Annäherung beider Länder vorläufig die wichtigste Aufgabe bildet.

Der bekannte Deputierte Herrriot, Oberbürgermeister von Lyon und erster Friedensbote nach Moskau, sahte an dem gleichen Thema und unter dem Beifall der Opposition: Ich habe nicht für die Ruhrbesetzung gestimmt. Als die Operation vorgenommen wurde, brachten mich einige Beobachtungen zu der Überzeugung, daß die französische Regierung auf den Konferenzen in Paris und London vielleicht nicht alles getan hätte können, was nötig war. Diese Überzeugung wurde durch das Gelbbuch bestätigt. Herr Poincaré selbst hat fürstlich erklärt, daß er bereits im August zur Ruhrbesetzung entschlossen war. Ich bin also berechtigt, die beiden Konferenzen einfach für eine Fassade zu halten, hinter der Poincaré die Besetzung vorbereitete. Jetzt aber kommt die französische Entwicklung. Wenn die Ruhroperation ein Unfall wird, dann wird sie ein Unglück für Frankreich. Deshalb habe ich gesagt: „Erst das Land, dann meine eigene Überzeugung.“

„Sie fragen, ob wir das Ruhrgebiet räumen würden. Ich antworte Nein. Aber ich sage Nein, weil Frankreich im Ruhrgebiet va ban que spielen und weil ich mein Land vor einem furchtbaren Unheil schützen will. Ich will aber auch offen sagen, was ich weiter tun würde. Ich würde ohne jeden Vergleich eine Politik einführen, die es uns erlaubte, andere und sichere Unterstände für die deutschen Zahlungen gegen dieses gefährliche und unsichere Pfand einzutauschen.“

Politische Richtlinien der P. P. C.

Die Programmrede des Abg. Barlicki auf dem Krakauer Sozialisten-Kongress.

Auf dem polnisch-sozialistischen Kongress, der dieser Tage in Krakau stattete, erstattete, wie wir schon kurz berichtet haben, der Abg. Barlicki, der bisherige Vorsitzende des sozialistischen Sejmklubs, den politischen Bericht an den Kongress. Mit Rücksicht darauf, daß die Ausführungen Barlickis das politische Programm der sozialistischen Partei darstellen, und der sozialistische Club im Sejm einen nicht unwichtigen Faktor bildet, bringen wir hier nach dem „Robotnik“ von der Abg. Barlicki einen längeren Auszug. Der Abg. Barlicki führte u. a. aus:

„Wenn wir auf der Wacht stehen für die ganze Demokratie, müssen wir auch darüber wachen, daß die schon beschlossene Agrarreform ausgeführt wird und daß unser Bauer nicht gezwungen ist, in der Fremde Arbeit zu suchen. Ferner: die nationalen Minderheiten müssen in Polen, die der Chauvinismus erweitern möchte, liegen lediglich im Interesse der Reaktion. Die Reaktion bedient sich der bekannten antisemitischen Methoden, um die Aufmerksamkeit des Volkes von den Quellen des Leides und Unglücks abzulenken. Die nationalen Minderheiten müssen in vollem Umfang ihre ihnen durch die Verfassung garantierten Rechte erringen können. Wenn Polen im Verhältnis zu den Minderheiten den demokratischen Weg geht, erhält es in den 30 Prozent freuden Nationalitäten gute Staatsbürger, die in jedem Augenblick an seiner Verteidigung bereit stehen werden. Im entgegengesetzten Falle werden sie in der Stunde der Gefahr den polnischen Staat richten.“

Eine besondere Aufmerksamkeit müssen wir dem Kampfe mit den sozialistischen Verschwörungen zu-

wenden. Unser Irrtum bestand darin, daß wir nach dem ersten Überfall am 6. Januar 1919 zu großmütig waren und die Verschwörer nicht so bestraft haben, daß die Reaktion ein für alle mal die Lust verlor, Verschwörungen von neuem anzuzetteln. Die Verschwörungen haben sich verbreitert. Es gab keinen Augenblick im unabhängigen Polen, wo Polen frei gewesen wäre von der ungesunden Atmosphäre der Massa und der Attentate. Polen muß sich davon befreien. Nicht einen Augenblick können wir aufhören zu rufen: Weg mit den Verschwörern und dem faschismus!

Was die internationale Stellung Polens anlangt, so streben wir danach, daß unser Staat als Faktor des kulturellen Wertes schaffenden Friedens und der Freiheit dastehen. Wir wollen ein treuer Bundesgenosse der Demokratie anderer Länder in Sachen des Friedens sein.

Aber wer soll unser Programm vollständig ausführen? Das Programm kann Schritt für Schritt ausgeführt werden, aber vollständig ausgeführt wird es nur dann, wenn eine Volksgouvernance da ist. Eine solche Regierung öffnet die Tore zur endgültigen Befreiung, und das Streben nach einer solchen Regierung ist unter täglichem Zustrom. Über jetzt, solange eine solche Regierung noch nicht besteht, können wir es vom kleinen Preis zu lassen, doch eine Chienia-Riak-Meterung in französischer Form mißt der Kommt. Zu diesem Zwecke wird man vielleicht später dazu kommen. Parteien, die Grüne der Rechten sind, im Sejm zu unterstützen. Und wenn eine Regierung die sich gegen die Rechte mendet, nebstet werden sollte, die klar ihre Stellungnahme zu der Arbeiterklasse im Sejm unserer Proklamation formuliert und Garantien für die Sanierung des Staatshauses gibt, so müssen wir diese Regierung unterstützen, auch wenn wir uns mit ihr später nicht in Einklang befinden sollten. Sicherlich zum Zwecke eines günstigeren Sammels mit der Macht.

Dieserart sind auch alte Gebote und Verboten in Sachen der Politik sehr bedenklich. Wir sind in dieser Beziehung ein Unicum in der Welt. Wo Gouvernements gesetzten werden, kann man sich nicht Hände und Füße binden. Nun können wir uns das Gouvernement ins Gedächtnis, nach jede Regierung eine Machtübernahme der Verhältnisse. Die Machtübernahme eines solchen Marbora wäre für das polnische Projekt ein schwerer Schlag, wir bitten die Regierung um Konkurrenz und Macht zu haben, und außerdem die Macht der Regierung Sliminski im Sejm mit Korruption unterdrücken. Es kommt neue Kritikernasse und es kommt die Regierung des Generals Sikorski. Wir müssen diese Regierung unterstützen, um größere Macht von der Arbeiterklasse fernzuhalten. Wenn Sie Genossen, von neuem bestreiten, daß uns die Hände gebunden werden sollen, müßte ich mein Mund aufriß und erkläre, daß ich könnte die Verantwortung den Massen der Arbeiter gegenüber nicht mehr übernehmen.

Am diesem Sejm hat die Reaktion 169 sichere Stimmen. Das ist viel. Andererseits sind nicht alle Elemente der Linken oder der sozialen Partei sicher. Der Jüdische Teil geht öfters und in verschiedenen Fragen mit der Rechten. Mit der Linken stimmt er nur dann, wenn es sich um die Interessen des jüdischen Volksstamms handelt. Die Deutschen bilden in verschiedenen Fragen ebenfalls einen geschlossenen Block. Bei diesem Stand der Dinge muß unser Ministerpräsident darin eichen, daß der oenomatische Sejm entschlossen und Meinungen ausgeschrieben werden. Aber das kann nicht heute geschehen. Heute, wo die Rechte keine Macht hat auf jüdische Massen, werden weder die Ende (M. D. = Nationaldemokraten), noch die Tuker (D. N. S. = Dukonowiczgruppe), noch die Chodak (Christliche Demokratie), noch die Mission für die Auflösung des Sejms stimmen. Und zur Herstellung eines solchen Beschlusses bedarf es amoi Drittel aller Stimmen. Heute ist dieser Moment noch nicht gekommen. Aber die P. P. C. muß bereit sein, diesen Moment zu erfassen, wenn er sich bietet.“

Die geplanten Reisen des französischen Staatspräsidenten.

Warschau, 3. Januar. Wie aus Paris gemeldet wird, soll im Zusammenhang mit dem französisch-schweizerischen Treffen der Präsident Frankreichs Millerand in den ersten Monaten dieses Jahres nach Prag, Rom, Bukarest und Belgrad besuchen.

Die internationale Eisenbahnonferenz in Warschau.

Warschau, 3. Januar. An der internationalen Eisenbahnonferenz, die am 10. Januar in Warschau beginnt, werden etwa 50 Delegierte teilnehmen, die Deutschland, England, Österreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Estland, Frankreich, Lettland, Italien und die Schweiz repräsentieren. Die Konferenz wird sich u. a. mit der Wiederaufnahme des Verkehrs Warschau—Paris, der nach der Okkupation des Ruhrgebiets eingestellt wurde, der Wiedereinführung des vorwiegendlichen Nord-Express und der Fortsetzung der Verbindungen Warschau—Rom—Brindisi sowie Warschau—Wien beschäftigen.

Die Sanierung der Finanzen.

Warschau, 4. Januar, P.M. Die Finanzkommission des Sejm setzte gestern die Beratungen über den Gesetzentwurf betreffend die Sanierung der Staatsfinanzen und die Währungsreform fort. Einleitend gab Ministerpräsident Grabski Antworten auf die in der vorgestrigen Sitzung angeschnittene Frage der Steuerung und berührte auch die Frage neuer Steuern und der Arbeitslosigkeit. In dieser letzten Frage fündete der Minister an, daß die Regierung demnächst ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung einbringen werde.

Mark und Dollar am 4. Januar

(Börsöldlicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 7 100 000 p. M.
1 Dollar = — Rentenmark
1 Million p. M. = — Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 7 200 000 p. M.
1 Danz. Gulden = 1 200 000 p. M.

Nach den Erklärungen des Ministers fand eine besondere Diskussion über den Gesetzentwurf betreffend die Vollmachten für die Regierung statt, während der elf Redner das Wort ergriffen. Nach der Diskussion wurde der Punkt 1 und Art. 1 mit folgenden Ergänzungen angenommen. 1. Die dort vorgesehenen Vollmachten werden auch auf die Einführung evtl. direkter Steuern erweitert. 2. Es wurde beschlossen, daß die Schiffe, die auf die Umsatzsteuer in der Form von Handelspatenten gezahlt werden, nicht in die Steuer eingerechnet werden, die auf Grund des Umsatzes festgelegt worden sind. 3. Es wurde der Grundfahrt angenommen, die Termine für die Bahlung der Vermögenssteuer zu beschleunigen und die Einkünfte aus dieser Steuer dadurch sicherzustellen, daß sie in bar in polnischer Mark bzw. in Auslandsvaluten und Devisen entrichtet werden sollen. Hierauf wurden die übrigen Punkte des Art. 1 angenommen, sowie ein neuer Punkt 13 in der Frage der Bekämpfung des Geld- und Kreditwuchers. Im Punkt 8 wurde der Wert der Münzeinheit auf Grund des Gesetzes vom 28. 2. 1919 über den polnischen Platz festgesetzt. Abschnitt 11, in dem von der Gründung einer Emissionsbank die Rede ist, wurde durch verschiedene Veränderungen ergänzt: 1. die Emissionsbank soll eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des Staates werden, 2. der Staat soll auf die Zusammensetzung des Vorstandes Einfluß haben, 3. die Scheine der Emissionsbank sollen entweder eine Golddeckung oder eine solche in fremden Devisen haben. Und der Staatschaf darf zur Deckung von Defizits in der Bank keine Anleihe aufnehmen.

Eine längere Debatte rief der Art. 2 über die Zeitdauer der Vollmachten hervor. Nach dem Regierungsentwurf sollte das Gesetz bis zum Ende des Jahres 1924 in Kraft bleiben. Angenommen wurde jedoch der Antrag des Abg. Skowron, nach welchem die Vollmachten für die Regierung mit dem 30. Juni 1924 ihr Ende erreichen.

Der ganze Gesetzentwurf wurde schließlich durch die Kommission in 2. und 3. Lesung angenommen. Zum Referenten im Plenum wurde Abg. Skowronksi gewählt.

Die Jahresbilanz der polnischen Außenpolitik.

Die Warschauer „Rzeczpospolita“, das von Paderewski gegründete Organ der rechtsstehenden Dubanowicgruppe (Chefredakteur: Stroncki), zieht in ihrer Neujahrsnummer eine Bilanz über die polnische Außenpolitik des vergangenen Jahres 1923 und gibt bemerkenswerte Fingerzeuge für die Aufgaben, die des neuen Außenministers harren. Wir geben aus dieser Übersicht folgende bemerkenswerten Abschnitte wieder:

In der letzten Zeit begannen die Blätter der Hauptstadt den Fragen der Auslandsvolitit mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies bis dahin der Fall war. Und es war hierzu auch die höchste Zeit. Die Richtigstellung unseres Außenministeriums ist ein schlanker Beweis dafür, daß in der Außenpolitik der Republik nicht so verfahren wurde, wie es hätte sein müssen. Dabei kann die Vernachlässigung auf diesem Gebiete in Anbetracht der Ereignisse, die sich vor uns abspielen, unverzeihbare Nekrosen zeitigen.

Schweren Herzens muß festgestellt werden, daß unsere Auslandsbeziehungen in den letzten Monaten eine bedeutende Anspannung erfahren haben, die nicht einmal die Vertretung des Außenministeriums verhindern konnte, aus dem einfachen Grunde, weil es ihr an Zeit mangelte. (Die Herren Senda und Dworakowski sollte man nicht mit Bettmangel entzündigen. Ein Minister wird immer daran leiden. D. M.) Im allgemeinen hat sich bei der Gesamtgestaltung der polnischen Außenpolitik die häufige Personalsveränderung auf dem Posten des Außenministers unliebsam bemerkbar gemacht, die eine Vereinheitlichung der Richtlinien in unserem diplomatischen Beginnen unmöglich machte. Das Ergebnis war die Vernachlässigung einer ganzen Reihe ungemein brennender und wichtiger Fragen auf außenpolitischen Gebieten.

In den Vordergrund treten hier unsere Beziehungen zu Sowjetrußland. Man muß feststellen, daß diese seit dem Tätigkeitsbeginn der Sowjetunion in Europa andauern konnte, so droht gegenwärtig, daß dieser Abschnitt seinem Ende entgegengeht, und die Annahme von Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nur eine Frage der Zeit ist, eine ähnliche Lage mit unverzeihbaren Konsequenzen.

Zwei Staaten stellen gegenwärtig die Ankündigung von Beziehungen mit Russland auf den ersten Plan ihrer Außenpolitik: Italien und Großbritannien (anscheinend will die „Rzeczpospolita“ den französischen „Freund“ als dritten Bewerber nur aus Bartgeföhrl nicht erwähnen. D. Red.). Auf zwei Wegen werden denn auch ihre Einflüsse in das Innere des nach den kommunistischen Experi-

menten devastierten Kolosse dringen. Für England verkrüppeln sich die Beziehungen mit Sowjetrussland in Europa in erster Linie mit der baltischen Frage, für Italien spielen die Hauptrolle das Schwarze Meer, die Dardanellen und der Bosporus. Eine derartige Einigung bracht allerdings nicht genau eingehalten zu werden, denn die wirtschaftliche Expansion Englands nach dem Kaukasus zum Beispiel wird sich zweifellos auch durch die Dardanellen abwickeln. In jedem Falle sehen wir schon, daß die Westmächte bei der Liebäuglei mit Russland Polen vollständig umgehen. Daß sie sich Sowjetrussland nördlich und südlich von uns nähern. (Der Franzose marschiert über Prag und nicht über Warschau. D. Red.) Wir stehen bei diesen gigantischen Wiederaufbauprojekten abseits, und wir haben noch nicht einmal festgestellt, wie sich unser Verhältnis zu den Staaten gestalten wird, die auf dem Wege der italienisch-englischen Pläne liegen. Dies ist ein großer Fehler, denn mit der Frage unserer russischen Politik sind zwei komplexe unserer östlichen Aufgaben unzertrennlich verbunden: die Beziehungen zu den baltischen Staaten und die Beziehungen zur Türkei vor allem auch die Beziehungen zur Tschechoslowakei! (D. Red.).

Im Baltikum bildet unser bisher noch nicht geregelter Streit mit Litauen einen unerträglichen Interessengaußstand, der für ein nachbarliches Zusammenleben unmöglich erscheint. Unser Verhältnis zu Lettland und Estland erfordert ebenfalls eine gründliche Arbeit. Je enger dieses Verhältnis mit unseren Beziehungen zu Russland im Zusammenhang steht, um so fester ist es zu gründen. Was Finnland anbelangt, so bildet, scheint es, die Schwächung der deutschen Einflüsse (?) in diesem Lande ein günstiges Terrain zur gegenwärtigen Verständigung, wobei unbedingt mit den englischen Plänen im Baltikum und mit dem Bestreben zu rechnen ist, Finnland in ein Bündnis mit Schweren einzubringen.

Unser Verhältnis zur Türkei stellt sich in Berücksichtigung des mit uns abgeschlossenen Freundschaftsvertrags und einer Handelskonvention schleierhaft dar. Es genügt, zu sagen, daß in politischen Kreisen Warschau Gerüchte im Umlauf waren, daß die Türkei einem gewissen Bulgarien, Ungarn, Italien. (D. Red.) beitreten wolle, der dem polnisch-türkischen Bündnis entgegensteht.

Heute muß die Türkei von der italienischen Seite verstanden werden und für uns sind die Beziehungen zu ihr eine deutliche Radel für unsere russischen Perspektiven. Dieses ganze Problem steht in erster Linie auf Kaukasusfragen, die sich in nicht allzu ferner Zukunft zu einem internationalen Problem entwickeln können. Daß der gegenwärtige Stand der Dinge auf dem Kaukasus sowohl hinsichtlich der russisch-türkischen Beziehungen, als auch der kaukasischen Republiken als vorübergehend anzusehen ist, scheint gewiß. Dies ist eine ungemein verwickelte Angelegenheit, da hier auch die Interessen der Großmächte in Betracht kommen, die auf die reichen Mineralien im Kaukasus Anspruch erheben. Es ist eine Sache, die keinen Aufschluß leidet. Der polnische Standpunkt in dieser Beziehung sollte unverzüglich in zweckhafter Weise festgelegt werden.

In das Gebiet unserer östlichen Fragen gehört offenbar auch das Bündnis mit Rumänien, dessen Bestand doch die Grundlage für den Frieden in Osteuropa abgibt. Dieses Bündnis erfordert von polnischer Seite die größte Aufmerksamkeit.

Es bleiben noch die Beziehungen zu den asiatischen Staaten, mit denen Polen überhaupt keine nähere Beziehung hat und von denen z.B. der persische Markt trotz gewisser Verkehrshindernisse ein hervorragendes Absatzgebiet für die Lodzer Industrie sein könnte, wie dies vor dem Krieg der Fall war. Daselbe gilt für die Märkte des fernen Ostens. Hier sind wir zwar im Transit von Russland abhängig, doch das darf uns nicht hindern, auch hier zu einer bestimmten Stellung zu kommen.

Unsere Politik gegenüber Westeuropa stützt sich auf das Bündnis mit Frankreich, und dieses Bündnis ist das Fundament, auf dem unser ganzes Beginnen nach dieser Richtung hin erbaut ist. (Leider hat sich, wie der Bau unserer Außenpolitik erkennen läßt, dieses Fundament nicht bewährt. D. Red.)

Die Frage des Verhältnisses Polens zur Kleinen Entente steht in erster Linie auf Frankreich (wohl Frankreich mit der Kleinen Entente fast eingeschlossen), ohne den polnischen Bündnisgegnern zu befragen — (D. Red.)! Dies bedeutet durchaus nicht, daß die Möglichkeit für die Anknüpfung irgendwelcher Bande mit Prag und Belgrad bestände. Die Ziele der Kleinen Entente sind — wie dies mit Recht immer hervorgehoben wird — allzusehr beschränkt und schenken den Interessen Polens keine Berücksichtigung. Nichtsdestoweniger muß die Kleine Entente als ein Komplex von Kräften, der unbedingt in gegenseitiger Weise den „status quo“ in Mitteleuropa aufrecht erhält, auf die Sympathie und die Mithilfe Polens rechnen, was übrigens, wie dies aus den Erklärungen im letzten Halbjahr hervorgeht, von unseren Regierungsfaktoren genügend verstanden wird.

Über unser Verhältnis zu Deutschland ist es heute schwer, eine bestimmte Ansicht zu äußern, denn das ganze deutsche Problem hängt bis zum heutigen Tage noch in der Luft. Die Hauptrolle in der Gestaltung unserer Beziehungen mit diesem Nachbarn werden, sofern sich die politischen Verhältnisse Deutschlands friedlich gestalten, notwendigerweise die wirtschaftlichen Verhältnisse spielen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Krise bei unserem westlichen Nachbarn ist es jedoch vollständig unmöglich, irgende welche Perspektiven nach dieser Richtung hin herzuleiten.

Am Verhältnis zu England steht auf dem ersten Platz das Interesse des englischen Kapitals für die Investitionen in Osteuropa. Dieses Interesse muß mit Geschick aufgegriffen werden, denn nur dadurch kann es, wenn es sich auf den unterzeichneten polnisch-englischen Handelsvertrag stützt, neue Aussichten für eine Annäherung nicht allein wirtschaftlichen Charakters eröffnen.

Im allgemeinen ist festzustellen — so schließt der Mitarbeiter der „Rzeczpospolita“ seine Betrachtung —, daß wir uns in unserer Außenpolitik nicht ein solches Vertrauen erworben haben, wie wir es mit Rücksicht auf unsere Stellung im Gesamtorganismus der internationalen Beziehungen verdienen.“

Jugoslawien gegen Bulgarien.

Der Balkansel Mazedonien.

Aus Belgrad wird gemeldet: In einer plötzlich einberufenen Ministerberatung sprach sich der serbische Minister des Äußeren Dr. Nintschitsch über eine Regierungserklärung aus, die der bulgarische Ministerpräsident Bankow in der Sozialei dieser Tage abgab. Der Eindruck dieser Rede Bankows über die äußere Politik der bulgarischen Regierung ist in allen hierigen Kreisen zunächst der Überraschung gewesen, die dann äußerstem Mißfallen wuchs. Die Rede wird allenthalben, auch in der Presse, als eine Drohung und als unmittelbare Herausforderung Süßlawiens aufgefaßt. Daß die süßlawische Regierung, die der Annahme ist, daß Bankows Rede von der mazedonischen Organisation und anderer Seite eingegeben worden sei, darüber nicht gleichgültig bleibt, beweist die noch gestern nach erfolgte telegraphische Verurteilung des Sofioter süßlawischen Gesandten

Rakitsch nach Belgrad. Wahrscheinlich schon morgen wird nach Rakitschs Ankunft ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

In seiner Rede hat Bankow für die Bulgaren im Ausland die Minderrechte gefordert und dabei Mazedonien als Streitapfel zwischen Bulgarien und Süßlawien bezeichnet. Mazedonien habe ein Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit, was Belgrad hören solle. Am Schluss seiner Rede forderte Bankow dann die Wiederzulassung eines stehenden Heeres.

Wie aus Athen gemeldet wird, ist dort aus Sofia die Nachricht eingegangen, daß der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien der bulgarischen Regierung die Mitteilung gemacht habe, daß er auf dem Wege nach Sofia sei. Die jugoslawische Regierung rüttete aus Anlaß der beabsichtigten Rückkehr des ehemaligen Königs Ferdinand nach Bulgarien, der geheimen Vermehrung der bulgarischen Armee und der Fortsetzung Bulgariens auf einen Zugang zum Ägäischen Meer ein Ultimatum nach Sofia.

Der „Tribuna“ zufolge schämen amische jugoslawische Kreise auch die Rückkehr des Fürsten Kyryll, des jüngeren Bruders des Königs Boris, nach Sofia als einen feindlichen Akt gegenüber Jugoslawien ein. Der Fürst wird verächtigt, daß er die gemeinsame Politik des ehemaligen Zaren Ferdinand fortsetzen werde. Die Angelegenheit ist gegenwärtig die eines Meinungsauftauchens zwischen der kleinen Entente und wird wahrscheinlich in der Belgrader Konferenz der kleinen Entente besprochen werden. — Im Zusammenhang damit wird aus Sofia gemeldet, daß Fürst Kyryll in den allernächsten Tagen zum bulgarischen Thronfolger proklamiert werden soll. Sollte dieser Gedanke verwirklicht werden, so wäre die kleine Entente bereit, die energischsten Schritte zu unternehmen.

Das veränderte Gesetz über die außergewöhnlichen Vollmachten.

Warschau, 3. Januar. (PAT) Der veränderte Gesetzentwurf über die außergewöhnlichen Vollmachten für die Regierung hat folgenden Wortlaut:

Art. 1. Zur Sanierung der Staatsfinanzen und Durchführung der Valutareform wird folgendes beschlossen: 1. Beschleunigung der Zahlungstermine und Vereinfachung des Verfahrens auf dem Gebiet einiger Steuern und Staatsausgaben. 2. Einführung von Veränderungen in den Zollfällen entsprechend der Wirtschaftsconjunktur. 3. Sparsamkeit in der Staatswirtschaft auf dem Wege von Veränderungen in Grenzen, die in der Konstitution vorgesehen sind, die Organisierung des Tätigkeitsbereichs und des Verfahrens bei den Behörden und Verwaltungsbüroen. 4. Aufhebung dieser Behörden und Ämter, jedoch mit Ausnahme der Ministerien. 5. Übertragung einiger Aufgaben und Tätigkeiten, die bisher Staatsorganen oblagen, an die Selbstverwaltungsfördergesellschaften. Sicherung entsprechender Einnahmeketten für die Selbstverwaltungen, Einführung der Sparsamkeit in der Wirtschaft der Selbstverwaltungen und des Grundsakes, daß die außergewöhnlichen Ausgaben aus außergewöhnlichen Einnahmen gedeckt werden sollen. 6. Aufnahme von Staatsanleihen in Höhe von 500 Millionen Goldfranken unter besonderen Berechtigungen und Garantien, wobei jedoch die Verpachtung der Staatsmonopole und Eisenbahnen ausgeschlossen sein soll. 7. Verkauf von staatlichen Industrie- und Handelsunternehmungen mit Ausnahme der Bergzulassung und der Salinen bis zur Höhe von 100 Millionen Goldfranken. 8. Änderungen der Statuten bei Institutionen langfristigen Kredits sowie ferner Änderung der Statuten der staatlichen Finanzinstitutionen, der vom Staat dotierten Institutionen und endlich derjenigen, in denen der Staat Anteile hat. 9. Festlegung und Einführung eines neuen Geldsystems, das nur auf der Goldwährung beruht und im besonderen Feststellung einer polnischen Münze sowie die Emission von Zahlungsmitteln, die zur Befreiung von Verpflichtungen Verwendung finden können. 10. Übergang zur neuen Valuta durch Feststellung der Relation der polnischen Mark zu der künftigen Münzeinheit sowie der Bedingungen der Liquidation der P. A. K. B. 11. Umrechnung der öffentlichen und privatrechtlichen Verpflichtungen in die neue Valuta und Feststellung der Art und des Termins für deren Abzahlung. 12. Gründung einer Missionssbank auf Grund eines besonderen Statuts, die berechtigt sein soll, Geldscheine zu emittieren. 13. Umwandlung und Konsolidierung der Staatsanleihen und Verpflichtungen.

Das Ermächtigungsgesetz.

Die „Gazeta Warszawska“ erörtert die Frage der außergewöhnlichen Finanzvollmachten unter rechtlichem, finanziellem und politischem Gesichtspunkt. Die finanzielle Seite der Frage bietet keine Schwierigkeiten, und in dieser Hinsicht seien die Anschauungen der Mehrheit der politischen Parteien die gleichen. In rechtlicher Hinsicht nahmen nur die Sozialisten eine ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetze ein, indem sie behaupten, daß das Gesetz die Verfassung verletze. Doch hätten sich die Befürchtungen der Sozialisten nach der Juristenkonferenz als gegenstandslos erwiesen, da sich der Widerspruch mit der Verfassung durch eine Umredigung des Projektes beseitigen lasse. Die wichtigste Seite der Frage sei die politische, da sich die Sanierung der Finanzen nicht aus dem Ganzen der Staatspolitik absondern lasse. Die Bevölkerung müsse die Garantie erlangen, daß die allgemeine Politik der Regierung, besonders auf dem Gebiete der Auslands- und der militärischen Frage, den Bedürfnissen der Finanzsanierung angepaßt werde.

Die russisch-französische Annäherung.

Über Paris wird bekannt, daß die Sowjetmachthaber französischen Unternehmen größere Konzessionen in Russland erteilt haben. Im Zusammenhang damit gewinnen Presseausschüsse Herbettes Interesse. Der genannte Senator unternahm tatsächlich kürzlich eine „nichtamtliche“ Informationsreise nach Moskau.

Numehr führt soeben der Sowjethäupling Siekloff in der „Iswestja“ den von Herbettes im „Temps“ veröffentlichten Artikel über die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung auf. Er begrüßt das von Herbettes erwähnte Gleichlaufen der politischen Interessen Russlands und Frankreichs, das bei dem letzten aghnischen Zwischenfall besonders zum Ausdruck gekommen sei. Siekloff deutet Herbettes Schweigen über den durch die Verstaatlichung und Beschaffung der französischen Kapitalisten zugefügten Schaden als einen französischen Verzicht auf Entschädigung. Herbettes Anerkennung der Sowjetregierung sei ein wesentlicher Fortschritt in den Verhandlungsmöglichkeiten. Sein Vorschlag, die russischen Kriegsschulden gegen den Russland durch Interventionen der Alliierten verursachte Schaden auszugleichen, sei trotz Überwiegens des letzteren immerhin diskutierbar.

Für Russland unmöglich sei die von Herbettes geforderte Garantie der Integrität der russischen Nachbarländer, soweit sie die Anerkennung des „status quo“ umfassen sollte.

Ferner müsse Russland die Anerkennung der Vorkriegsschulden von der Gewährung einer größeren Anleihe abhängig machen, und es erwarte hierüber eine französische Gegenäußerung, damit Verhandlungen angebahnt werden können.

Wir behalten uns vor, auf die umfangreichen französischen Ostpläne mit bewußt deutschfeindlichem und — vielleicht unbewußt — polenfeindlichem Charakter noch zurückzukommen.

Tschitscherin über die russische Außenpolitik.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine Unterredung mit Tschitscherin über die russische Außenpolitik. Tschitscherin befürchtet den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen England und Afghanistan und stellt eine solche Politik als russenfeindlich dar. „Mit den Randstaaten wünscht Russland den Frieden. Polen sollte nach russischer Auffassung nicht eine Barriere, sondern eine Brücke für den Handel zwischen Ost- und Mitteluropa bilden und die Beziehungen zu Polen müßten in Zukunft davon abhängen, daß Polen erkenne, daß Ost- und Mitteluropa nicht dauernd getrennt werden dürfen.“

Ein internationales Konsortium für die Ausbeutung der Erdölfäden Polens.

Aus London wird gemeldet, in den kapitalistischen Kreisen der Londoner City kursieren weiterhin hartnäckige Gerüchte, daß ein großes internationales Finanzkonsortium entstehen soll, das die intensive Ausbeutung der polnischen Erdölfäden plant. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß auch Italien, das sich von allen gemeinsamen Finanztransaktionen mit dem englischen und amerikanischen Kapital ferngehalten hat, sich gegenwärtig mit dem oben erwähnten Plan konsolidiert. Als erster mache von italienischer Seite den Vorschlag der bekannten Fiatkonzern, der über riesige Automobilfabriken in Norditalien verfügt. Dieser Konzern, der riesige Mengen Naphtahäfen braucht, bedarf, um sich dauernd die Bezugsquelle dieser Artikel zu sichern, sich der Aktion der Pachtung der Naphtahäfen in Polen anzuschließen.

Ein nicht geringeres Interesse an diesem Projekt zeigte die dem Petroleumtrust nahestehende Finanzgruppe. Von englischer Seite will an diesem Unternehmen die Gesellschaft Royal Dutch teilnehmen. Der Wirkungsbereich der erwähnten Unternehmungen soll territorial geteilt werden, um irgendwelche Konflikte in den Interessen einzelner Gruppen zu vermeiden. Hervorzuheben ist, daß der ganze Plan in privaten Kreisen entstanden ist, während die offiziellen Faktores bisher keinen konkreten Standpunkt eingenommen haben. Allgemein herrscht jedoch die Ansicht vor, daß die offiziellen Stellen sich diesem Projekt nicht widersetzen werden, da mit diesem Plan die Sanierung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse verknüpft ist.

Wie weiter gemeldet wird, hat jede kapitalistische Gruppe anfangs in dieses Unternehmen je eine halbe Million Pfund Sterling zu investieren. Dieser Betrag soll später nach Maßgabe der Steigerung der Bedürfnisse des Unternehmens einer stufenweisen Erhöhung unterliegen. Die Transaktionen sollen nicht nur auf Naphtahäfen begrenzt werden, sondern auch die Mineralreichthümer Polens umfassen. Die Bemühungen der englisch-amerikanischen Finanzwelt haben, wie es heißt, ein ziemlich günstiges Echo in den Wirtschaftskreisen Polens gefunden.

Republik Polen.

Wer wird Außenminister?

Warschau, 3. Januar. Der Pariser Gesandte Graf Samowski wird nach überstandener Krankheit heute mittag mit dem Premier Grabski die erste Besprechung haben. Der „Kuri. Poranny“ verzeichnet das Gericht, daß im Falle der Ablehnung durch Samowski als Kandidat für das Außenministerium in Betracht kommen Senator Noskowski und Prof. Winarski.

Kongress der Wyzwolenie.

Wie wir erfahren, soll im März d. J. in Warschau ein allgemeiner Kongress der Wyzwolenie-Partei stattfinden. Es soll auf diesem Kongress eine neue Parteileitung gewählt werden; ferner soll auch die Stellungnahme der Wyzwolenie zu verschiedenen politischen Tagesfragen besprochen und festgesetzt werden.

Die Hauswächter in Warschau traten mit der Fortsetzung der Valorisierung ihrer Bezüge hervor. Sie verlangen einen Lohn von 40—80 Franken.

Aus anderen Ländern.

Antipolnische Manifestation in Litauen.

Königsberg, 4. Januar. In Radziwilliczk (Litauen) fand erneut eine große antipolnische Manifestation statt. Nach dem Gottesdienst bewegte sich eine Prozession mit Fahnen auf den Marktplatz. Der Zug machte vor dem Rathaus halt. Der Direktor des Gymnasiums hielt an die Menge eine Ansprache über die Geschichte Litauens und die schwierige Lage des Landes. Nach seinen Ausführungen trugen an allem Unglück Litauens die Polen die Schuld und im besonderen diejenigen, die in Litauen wohnen. Der Redner forderte Schutz vor „polnischen Geslüssen“. Die Menge, die drohende Rufe ausbrachte, forderte die Abblendung einer Resolution an die Kownoer Regierung, in der diese aufgefordert wird, entsprechende Massnahmen gegen die Polen zu treffen.

Der neue japanische Ministerpräsident.

Aus Tokio wird gemeldet, daß der japanische Prinzregent das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Yamamoto angenommen habe, da es sich nicht der nötigen Autorität in der öffentlichen Meinung erfreue. Dem zurückgetretenen Kabinett wird vorgeworfen, daß es durch die Annäherung von Beziehungen zu Russland die revolutionären Elemente innerhalb der sozialistischen Parteien gestärkt habe.

Der Vorsitzende des Geheimen Staatsrates, Graf Kionoura, der für den Posten des Premierministers in Betracht kommt, ist zum Prinzregenten berufen worden. Graf Kionoura hat die Bildung des Kabinetts übernommen.

Graf Keigo Kionoura ist im Jahre 1850 in Kumanom geboren. Er wurde zunächst Schullehrer und war dann einfacher Beamter der Regierung, wo er aber sehr schnell zu den höchsten Stellen aufstieg, so besonders im Justiz- und Innenministerium. Im Jahre 1902 hatte Kionoura den Baronstitel auslässlich des Abschlusses des englisch-japanischen Bündnisses erhalten. Graf wurde er während seiner Tätigkeit als Staatsrat.

Die Hochzeit des Prinzregenten, die wegen der politischen Krise aufgeschoben worden war, findet am 27. Januar statt.

Wertbeständige Spargelder

unter Zugrundelegung des Goldfranken gegen Verzinsung nach näherer Vereinbarung

nimmt an

Bank Dyskontowy s. a. Bydgoszcz

Bekanntmachung.

Gemäß Verordnung der G. D. M. T. Warszawa v. 1. 1. 24 sind für meine Fabrikate nachstehende

Detail-Preise

festgesetzt worden:

„Pola“ gat. najprzedn.	50 gr 1,75 złot.
„Pola“ gat najprzedn.	100 gr 3,50 „
„Amator“ gat. przedni	50 gr 1,40 „
„Baśanka“ gat. średnia	50 gr 1,00 „
(Legionka)	
„Baśka“ gat. średnia b	50 gr 0,50 „
„Shag“ gat. średnia c	50 gr 0,35 „
„Machorka“	50 gr 0,37½ „

Zahlbar in poln. Mark zum Kurs des Goldfrankens, welcher wöchentlich, von jedem Montag bis Sonnabend einer jeden Woche, amtlich festgelegt wird.

Tabakfabrik Julian Król, Bydgoszcz.

Eingetragene Hochzeit
des
Deutschen veredelten Landschweines.
Gästemeher und Sauen
auf Ausstellungen der D. L. G. vielfach prämiert, gibt laufend ab. Eber und Sauen ab 3 Monate alt aufwärts. Nachkommen des importierten Ebers Göte, eingetragen in das Eliteherdbuch der Provinz Hannover und des Ebers Ritter III. 1277
Günther Modrow, Baczet,
Starzewo (Pomorze).

Poln. Unterricht
wird erteilt, auch geg. Naturalien 4074
Dworcowa 80, II, r.

Heirat

Bräulein, Dreigängerin, evan., wirtsgärtl., gebildet, berufstätig, selbständ., nett. Neuh., wirtsch. Herrenbekannt- schaft zwecks

Heirat.

Offerten u. M. 4084
an die Geschäftsst. d. 3.

Offene Stellen

Suche z. sofortigen
Einführung (Dauerstellung
od. Vertretung) f. Ober-
realschüler U. III. ab
gebildeten 4066

Hauslehrer

für Landgut. Meld. u.
Z. 466 an die Gt. d. Bi.
Gesucht zum sofortigen
Einführung evang.

Rechnungs- führer (in)

Polnische Sprache nicht
unbedingt erforderlich.
Dessgl. gesucht unverh.

eb. Jüger

mit Forst-Kenntnissen.
Bewerbungen unter
u. 488 an die Gt.
dieses Blattes.

Für Nebengut

wird sofort, spätestens
Ende Januar, ein 421
junger

II. Beamter

gesucht. Meld. an
Administrator Hoppe,
Grocholin b. Acynia.

Kaufmann
für Betriebsaussicht, Büro und Kasse. Ges.
Angebote unter V. 4120 an die Geschäftsst.
stelle dieser Zeitung erbitten.

Wir suchen für unsere Dampfmühle Lanz-
Volomobile 80 P. S. einen zuverlässigen, unver-

Schlosser
als **Maschinist**
der kleine Reparaturen selbst ausführen kann
für dauernde Stellung. Rost im Hause.
Offert. mit Zeugnisabschriften zu richten an
Münzen, Lutowice, vocata Tuszt. 1426

Tüchtigen Blechdrücker
für einen Massenartikel sucht eine Fabrik bei
Bydgoszcz. Angebote unter M. 386 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Lehrling
Sohn achtbarer Eltern, für unser
Speditionsgeäft
holz- und Kohlen - Großhandlung
per 15. Januar gesucht. Kenntnisse
der poln. u. dtch. Sprache erwünscht.
herr. Voigt nast., Bydgoszcz
ul. Bernardyńska 5. 419

Erbedient u. Lagerist
der polnischen Sprache
mächtig, für Brennerei-
auf gesucht. Meldung.
mit Gehaltsansprüchen
an Rittergutsbes. Mende,
Saewo, Pol. Swieto-
lawo, pow. Swiecie,
zu richten.

Gespannboigt.
Bialewo 407
ver. Kornatow o.

Erbedient
der die poln. Sprache
in Wort u. Schrift be-
herrscht, und zum 1. 4.
evang., älterer

Gespannboigt.
Bialewo 407
ver. Kornatow o.

Rittergut
Zurawia
bei Acynia (Ezin)
sucht zum 1. 4. 24 einen

Guts- schmied
mit eig. Handwerks-
zeug, der auch den
Dampfdrehschlägen führen
sollte. Zuläger er-
wünscht. Schrift. Mel-
dungen mit Zeugnis-
abschriften an die
Gutsverwaltung.

Buchhalterin
mit guter Handschrift, bilanziär, möglichst
deutsch und polnisch in Schrift und Wörter
perfekt, sowie Stenographie und Schreib-
maschine beherrschend, und

1 Stenotypistin
möglichst deutsch und polnisch in Schrift und
Wort perfekt, für System Kappel oder Adler,
werden gesucht. Handchriftliche Bewerbungen
mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter
Z. 4081 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schmied
mit eig. Handwerks-
zeug, der auch den
Dampfdrehschlägen führen
sollte. Zuläger er-
wünscht. Schrift. Mel-
dungen mit Zeugnis-
abschriften an die
Gutsverwaltung.

Buchhalterin
beider Landesprachen mächtig, Stenographie
erwünscht. Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsan-
sprüchen und Lichtrücksendung erbittet Max Gron,
Eisenwarengroßhandlung Tornu. 400

Schmied
mit eig. Handwerks-
zeug, der auch den
Dampfdrehschlägen führen
sollte. Zuläger er-
wünscht. Schrift. Mel-
dungen mit Zeugnis-
abschriften an die
Gutsverwaltung.

Buchhalterin
beider Landesprachen mächtig, Stenographie
erwünscht. Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsan-
sprüchen und Lichtrücksendung erbittet Max Gron,
Eisenwarengroßhandlung Tornu. 400

1500 000 Mark

zahle für
alten, künstl., selbst
zerbrochenen Zahn
loste und in Gebissen.
Bitte sich nur zu melden im
Dental - Depot
„Pomorze“

ul. Sniadeckich 33 (Ecke Dworcowa). Telefon 872. Bitte die
Adresse nicht zu vergessen. Eintr. in d. Richtung d. Treppe.

Ein Aufwartemädchen

m. einig. Kochkenntn.
bei gut. Verpflegung u.
out. Lohn gefucht. 4075
Wisniowski,
ulica Marszałka 20.

Stellengesuche

Eval. verh. Lehrer,
z. St. Schulleiter an
Stadtshule, sucht ein-
trächtig. Landstelle mit
Bahnver. Ges. Off. u.
M. 4124 an d. Gt. d. 3.

Juna., int., evang.
Landw. Beamter

der dtch. u. poln. Spr.
in Wort und Schrift
mächtig, poln. Staats-
bibliothek, sucht ab 1. 4. 24
Stellung, wo Verheir.
möglich. Wirtschaften
selbst geleitet, in Guts-
vorsteh. Steuerlachen
u. Kassawesen perfekt.
Ges. Antr. u. L. 12254
an die Geschäftsst. der
Dtch. Adm. zu richten.

Aufseher

Landwirt

alleinstehend, sehr gute
Zeit und Empf., sucht
Stellung. Ges. Off. u.
M. 4122 an d. Gt. d. 3.

Erlehr. Schäfer

m. aut. Fam. sucht Stell.
v. 1. 4. 24. Off. a. richt. an
Bielle. Niebuszow, pow.
Chodziez. 14000

Aufseher

Landschreiberin

eval. staatl. geprüft,
lucht Stellung. Angeb.
m. Gehaltsans. u. L. 404
an die Geschäftsst. d. 3.

Junge Dame

mit Onzeums- u. Han-
delschulbildung, sucht Be-
v. 4072 an d. Gt. d. 3.

W. - Nebenlehrer

bülla zu verlaufen.

Ein Laius

Hausdame

Ges. Off. unt. S. 23849
an Annencon-Exped.
Wallis, Toruń. 4193

Suche evangelische

Hauslehrerin

sofort. Witwe

sucht passend. Wirkungs-
kreis, bevorzugt wird

Führung eines Guts-
haushalts. Ges. Anq. u.
M. 403 a. d. Ges. d. 3.

Suche für meine 18-
jährige Tochter Stelle in
besserem Haushalt m.
Famil. Anschluß ohne
gegen seitl. Verpflichtung.
wo diel. unter Zeitung
der Haustfrau sich in d.

Wirtschaft voll-
kommen kann.

Fran. M. Wroclaw,
Wolota (Wissel),
vom. Wronat. 4193

Suche Verkäufer

Wollen Sie
verlaufen?

Transmissionen

und
Riemen Scheiben

abzugeben.

Schul. Wnd. oszec.,
Wielkie Bartodzieje,
ul. Polana 8.

Mehrere

Eisen- Fenster,

1×1,5 m.

Lüren u. Holz-
Fenster

abzugeben.

Ein starkes

Arbeitspferd

1 neue

Druckpumpe

zu 1½. St. Rohren

frei Haus billig a. verf.

Chodiewicz (Bleibst.
Straße) 28.

Pensionen

Nenne noch Schüler in
Pension, gute Verpfleg.

1. Johanniskirche 20, pt.

Junge Schüler
finden gute Pension
ab 1. 2. 24. Off. unter
S. 447 an die Gt. d. 3.

